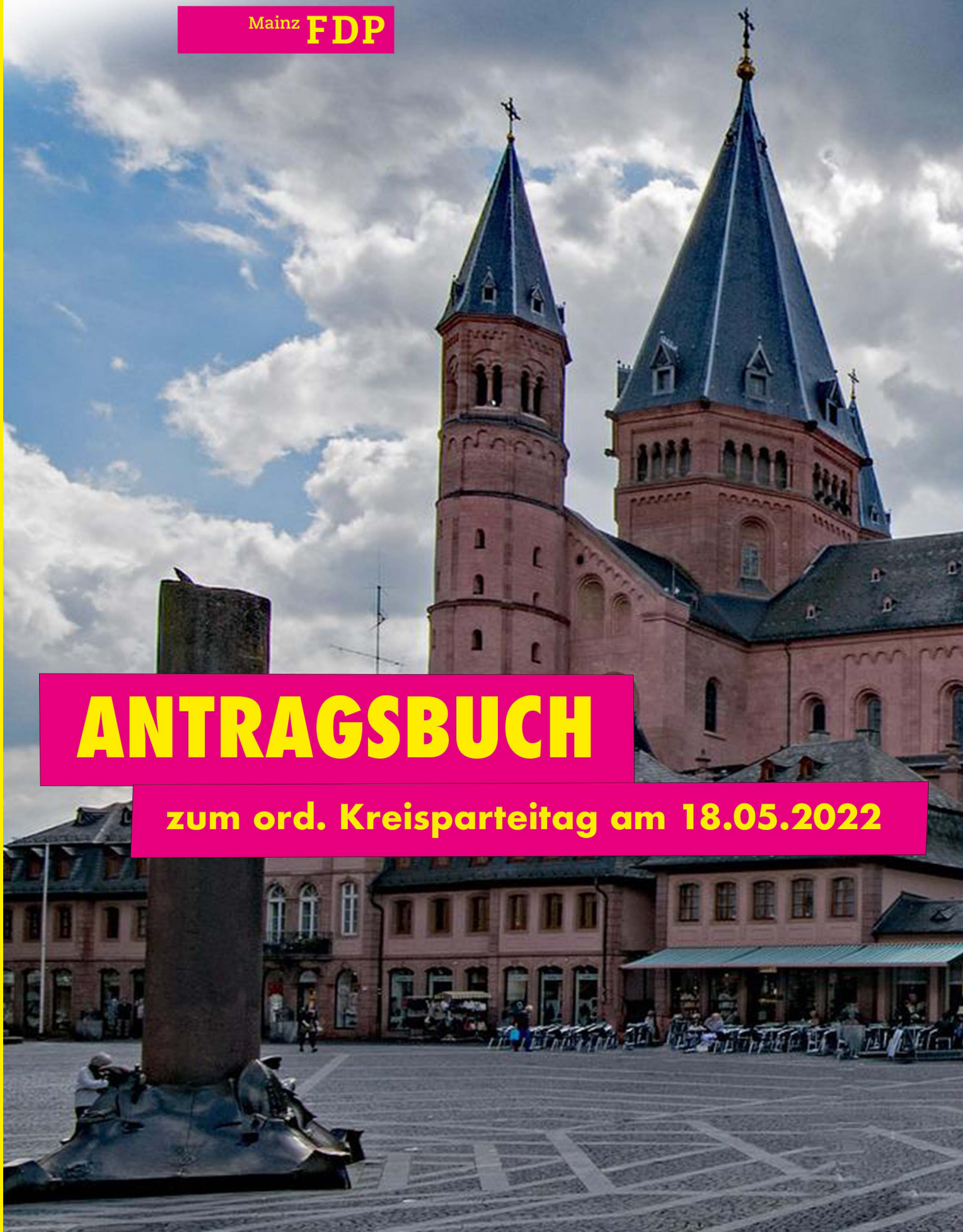


Freie Demokraten

Mainz **FDP**

ANTRAGSBUCH

zum ord. Kreisparteitag am 18.05.2022



TAGESORDNUNG

ordentlicher Kreisparteitag am 18.05.2022

**Zu Beginn des Parteitags wollen wir in einer Schweigeminute
der Opfer des Kriegs in der Ukraine gedenken.**

- 1. Eröffnung und Begrüßung**
- 2. Formalien/Regularien**
- 3. Wahl des Tagungspräsidiums**
- 4. Grußwort der stv. Landesvorsitzenden,
Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt**
- 3. Bericht der Kreisvorsitzenden**
- 4. Bericht des Vorsitzenden der FDP-Stadtratsfraktion**
- 5. Bericht der Schatzmeisterin**
- 7. Aussprache**
- 8. Wahl der Delegierten zum Landesparteitag**
- 10. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag**
- 11. Antragsberatung**
- 12. Verschiedenes**
- 13. Schlusswort**

☐ angenommen	☐ abgelehnt	
ja	nein	Enthaltungen

Antrag zum ord. Kreisparteitag am 18.05.2022

Antragsteller: Kreisvorstand

Biotechstandort entwickeln – Neue Chancen nutzen – Nachhaltige Stadtentwicklung voranbringen

01 Der Parteitag möge beschließen:

02 Wir begrüßen die Schritte der Stadt Mainz, einen Biotechstandort zu entwickeln, der neben dem Anker
03 BioNTech weitere Unternehmen dieser Branche nach Mainz lotst, um damit an den bahnbrechenden Erfolg
04 der Firma BioNTech anzuknüpfen. Dabei sollen Ausgründungen der Hochschulen genauso Möglichkeiten
05 zur Expansion finden wie bereits etablierte Unternehmen und Konzerne. Mainz soll zu einem Zentrum der
06 Krebs- und Altersforschung werden. Die Entscheidung der Bundesregierung, ein Helmholtz-Institut in Mainz
07 anzusiedeln ist dabei Bestätigung und Ansporn zugleich. Diesen Kurs der Stadt Mainz unterstützen wir aus
08 drücklich.

09 Wir haben die Rahmenbedingungen für Innovation geschaffen

10 Rückblickend wurden wir Freien Demokraten in unserem grundsätzlichen politischen Ansatz bestätigt. Wir
11 haben immer wieder die herausragende Rolle privater Initiative und des Erfindergeistes bei der Lösung von
12 Zukunftsaufgaben hervorgehoben. Deshalb müssen wir Rahmenbedingungen für wirtschaftliches und
13 wissenschaftliches Handeln schaffen, um weiterhin wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen zu
14 generieren. Wir haben uns für die Entwicklung der Gesundheitswirtschaft stark gemacht, Gründer:innen
15 gefördert, für Risikokapital geworben und privates Kapital mobilisiert, Infrastruktur bereitgestellt und den
16 Wissenstransfer zwischen Universität und Industrie vorangebracht. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

17 Zu den Rahmenbedingungen gehört auch ein gesellschaftliches Klima in der Stadt, das wissenschaftliche
18 Innovation positiv bewertet sowie tolerant und weltoffen ist. Auch dazu haben wir unseren aktiven Beitrag
19 geleistet und werden ihn weiter leisten.

20 Mainz zum Spitzenstandort für Biotechnologie und Gesundheitswirtschaft ausbauen

21 Mainz darf sich jedoch nicht ausruhen, sondern soll ein weltweit bedeutender Standort für Krebs- und
22 Alterforschung (BiotechHub) werden¹. Wir werben um neue Biotech-Unternehmen und Forschungsein-
23 richtungen, für die Mainz inzwischen ein präferierter Standort ist. Wir wollen, dass das Ziel der Schaffung
24 von ca. 5.000 neuen Arbeitsplätzen in den nächsten zehn Jahren, der Integration von 100 neuen Mitglie-
25 dern in das Biotech-Netzwerk Mainz und ein Investitionsvolumen von 1 Mrd. € erreicht werden und unter
26 stützen den Weg dorthin.

27 Diese Größenordnungen zeigen: Es geht für Mainz um vieles, um einen großen, bedeutsamen Schritt, der alle
28 politischen Akteure vor völlig neue Herausforderungen stellt. Wir Freie Demokraten wollen diese Herausfor-
29 derungen annehmen. Wir begrüßen, dass eine cluster-Studie zeitnah erstellt wird und eine Leitstelle für
30 Biotechnologie als zentrale Anlaufstelle und Ansprechpartner eingerichtet wurde.

¹Der Ausbau des Biotech-Hubs in Mainz wird bereits im Koalitionsvertrag der Ampel auf Landesebene als strategisches Ziel der Landespolitik benannt. Dem Ausbau der Gesundheitswirtschaft wird im Koalitionsvertrag auf Bundesebene hohe Priorität eingeräumt.

31 Science City ausbauen und Standort Hochschulerweiterung angehen

32 Um diesen Weg gehen zu können, müssen wir neue städtebauliche Aufgaben wie die Science City zügig
33 in Angriff nehmen. Die Erweiterung des Firmensitzes von BioNTech am Pariser Tor (ehemals GFZ-Kaserne)
34 ist bereits im Gange. Wir begrüßen, dass sowohl die Stadt als auch das Unternehmen selbst diesen Prozess
35 bereits aktiv vorantreiben. Notwendig ist die Entwicklung qualifizierter städtebaulicher Lösungen, die auch
36 die ursprünglichen Planungen und die Interessen der Anwohner in diesem Gebiet berücksichtigen. Das
37 Gesamtgebiet ist sowohl aufgrund seiner Größe mit 12 ha als auch aufgrund seiner zentralen Lage in der
38 Stadt, seiner Anbindung und seiner Nähe zur Uniklinik und zu TRON optimal für eine Entwicklung eines
39 Biotech-Standorts geeignet. Durch das geplante Investment der Firma Tron an der Universitätsmedizin
40 Mainz von 200 Millionen Euro in neue Forschungskapazitäten und Labore, eröffnen sich der Stadt Mainz
41 neue Chancen, die wir zum Wohle der Stadt nutzen wollen.

42 Gleichzeitig forcieren wir die Entwicklung der „Hochschulerweiterung“ (ca. 18ha), um dort das neue
43 Gründerzentrum der TZM zu etablieren. Hier können wir von der Nähe der Universität, der Hochschule und
44 den dort tätigen wissenschaftlichen Instituten profitieren und neue Unternehmen ansiedeln.

45 Ansässige Unternehmen brauchen Erweiterungsflächen

46 Wir dürfen jedoch bei aller Freude über die Biotechnologie die bereits ansässigen Unternehmen auf keinen
47 Fall vernachlässigen. In Mainz sind bspw. im Medienbereich, im IT-Bereich, beim produzierenden Gewerbe
48 und in anderen Wirtschafts- und Forschungsbereichen außerordentlich erfolgreiche Unternehmen und
49 Dienstleister ansässig. Viele dieser Unternehmen streben eine Weiterentwicklung ihres Standortes an. Ihr
50 Verbleib in Mainz setzt voraus, dass ihre Wünsche nach Erweiterung erfüllt werden können. Der dazu
51 erforderliche Flächenbedarf beträgt über 77ha in den kommenden Jahren und hat damit eine Größen-
52 ordnung, die etwa der Größe des heutigen Hechtsheimer Gewerbegebietes entspricht. Auch diesem
53 Flächenbedarf müssen wir gerecht werden, wenn wir insgesamt als vielfältiger und attraktiver Standort
54 wahrgenommen werden wollen.

55 In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Flächen, die als Gewerbe- oder Industriegebiete nutzbar
56 waren in dringend benötigten Wohnraum umgewandelt worden. Das Heiligkreuzviertel und der Zollhafen
57 stehen beispielgebend für diese Entwicklung. Das Vorhalten von Gewerbegebieten zählt für uns Freie
58 Demokraten zur kommunalen Daseinsvorsorge. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung sind
59 wir daher gefordert, neue Flächen hierfür auszuweisen und zu entwickeln.

60 Neue Impulse im Wohnungsbau und der Infrastrukturentwicklung erforderlich

61 Die neue Entwicklung kann nicht isoliert gesehen werden, sondern stellt auch die Entwicklung der Stadt als
62 Ganzes vor neue Herausforderungen. Die bereits heute ambitionierten Vorhaben zum Ausbau von Schulen
63 und Kitas sind daraufhin zu überprüfen, ob sie den neuen Bedarfen gerecht werden. Beim Wohnungsbau
64 sind mittelfristig neue Impulse erforderlich. Wir treten dafür ein, dass die neuen Gewerbegebiete, For-
65 schungs- und Wissenschaftseinrichtungen optimal verkehrlich erreichbar sind. Aufgrund ihrer integrierten
66 Lage sind großzügige Lösungen vor allem für den ÖPNV, für den Rad- und Fußverkehr anzustreben.

67 Wir können nicht alle diese anstehenden Aufgaben alleine lösen. Deshalb treten wir dafür ein, die inter-
68 kommunale Zusammenarbeit, die in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat, weiter zu vertiefen.

69 Nachhaltige Entwicklung der Stadt und Klimaschutz bei allen Schritten mitdenken

70 Angesichts der Größenordnung der Herausforderungen ist es wichtiger denn je, alle Aspekte einer nach-
71 haltigen Stadtentwicklung von Anfang an mitzudenken. Deshalb treten wir dafür ein, bei allen Planungen
72 deren Auswirkungen auf die ökologische und klimatische Situation der Stadt zu beachten, diese Auswirkun-
73 gen von Anfang an zu minimieren und ggf. in geeigneter Weise auszugleichen. Die anstehenden Neu-
74 planungen so zu gestalten, dass alternative Energien genutzt werden können (z. B. Solarenergie Wärme-
75 pumpen) und auch bei der Wahl von Baustoffen eine ökologische Vorbildwirkung anzustreben.

☐ angenommen	☐ abgelehnt	
ja	nein	Enthaltungen

Antrag zum ord. Kreisparteitag am 18.05.2022

Antragsteller: Kreisvorstand

Der Kreisparteitag möge beschließen:

01 Höheres Gewerbesteueraufkommen – eine neue Chance für Mainz

02 Die Steuereinnahmen der Stadt Mainz haben durch den wirtschaftlichen Erfolg von BioNTech eine Höhe
03 erreicht, die vor wenigen Jahren noch unvorstellbar war. Dank der aktuellen Gewerbesteuererträge können
04 nun die Weichen in der Finanzpolitik neu gestellt werden.
05 Die Stadtspitze hat – im Einvernehmen mit den Fraktionen der „Ampel“ - eine erste Konzeption vorgelegt,
06 wie die zukünftigen Einnahmen verwendet werden sollen und in welche Richtung die weitere Entwicklung
07 der Stadt gehen soll. Wir begrüßen diesen Konsens, wollen aber auch weiterführende Anregungen in die
08 Diskussion einbringen. Dabei ist uns bewusst, dass in der derzeitigen Situation noch keine vollständige Klar-
09 heit über die tatsächliche Entwicklung herrscht und alle Prognosen mit größter Vorsicht zu behandeln sind.
10 Die Finanzpolitik der Zukunft muss sich an übergeordneten Zielen orientieren und vor allem die langfristige
11 Sicherung der Leistungsfähigkeit im Auge behalten.

12 Schulden tilgen - Steuern senken - Technologie-Standort Mainz ausbauen

13 Der voraussichtliche Jahresüberschuss 2021 von 1,09 Mrd. € (Stand 02/2022) bietet die einmalige Chance,
14 die Kassenkredite der Stadt praktisch vollständig abzulösen und so die bisherigen Schulden der Stadt weit
15 gehend abzubauen. Dieser Schritt hat für uns allerhöchste Priorität. Wir wollen ein Mainz, das dauerhaft
16 schuldenfrei bleibt.
17 Wir begrüßen, dass der Hebesatz der Gewerbesteuer von 440 auf 310 Punkte gesenkt werden konnte. Da-
18 durch vermeiden wir eine unnötige Konkurrenz zwischen den Biotechnologie-Standorten in Rheinland-
19 Pfalz und schaffen für die Branche Planbarkeit und zukunfts feste Standortbedingungen. Zugleich entlasten
20 wir über 3.000 Betriebe in Mainz und stärken so deren Wirtschaftskraft. Dies ist – gerade angesichts der
21 aktuellen Unsicherheiten - von hoher Bedeutung nicht nur für die Wirtschaft, sondern für alle Mainzerinnen
22 und Mainzer. Wir stellen fest, dass unsere grundsätzliche, seit langem vorgetragene Vorstellung und Forder-
23 ung, dass Steuersenkungen – eine entsprechende Wirtschaftskraft vorausgesetzt- machbar und sinnvoll
24 sind, ihre Berechtigung hat.
25 Trotz der Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes kann nun mittelfristig mit steigenden Einnahmen der
26 Stadt gerechnet werden. Dies hat bereits in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion über deren Verwend-
27 ung ausgelöst. Viele der Vorschläge sind sinnvoll und verständlich. Es wäre aber falsch, zukünftige Über-
28 schüsse – für das Jahr 2022 rechnen zurzeit wir mit 490,8 Mio € (Stand Febr. 2022) - einfach kurzfristig auszu-
29 geben. Prioritäres Ziel muss es vielmehr sein, die steuerliche Basis der Stadt zu verbreitern und so die Handl-
30 ungsfähigkeit der Stadt dauerhaft und langfristig zu sichern.

31 Neuverschuldung dauerhaft vermeiden - Das Vermögen der Stadt vergrößern – Spielräume erweitern

32 Schon in den letzten Jahren haben wir solide gewirtschaftet, Überschüsse aufgebaut, Altschulden abgebaut
33 und die Neuverschuldung auf null heruntergefahren. Gleichzeitig wurden Zuschüsse und kulturelle Einricht-
34 ungen stabilisiert, in Schulen, Kitas und Feuerwehr investiert. Große Projekte wie der Neubau des Guten-
35 bergmuseums, die Sanierung des Rathauses, der Rheingoldhalle und des kurfürstlichen Schlosses, die Ent-
36 wicklung des Rheinufer, die Schaffung eines Parks am Schloss, sowie der Neubau von Bürgerhäusern
37 wurden realisiert oder sind in Arbeit bzw. in Vorbereitung. All diese Projekte können mit den neuen Steuer

38 einnahmen nun besser und schneller realisiert werden.

39 Nach unserer Auffassung muss sich die zukünftige Verwendung von Steuermitteln vor allem daran messen
40 lassen, ob sie die Rahmenbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft dauerhaft
41 verbessert, also als wachstumsfördernde Investition in die Zukunft zu bewerten ist. Wir wollen das Geld
42 nicht einfach ausgeben, sondern vorausschauend und intelligent nutzen und neue Handlungsspielräume
43 für uns und zukünftige Generationen gewinnen. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, private Invest-
44 itionen anzustoßen, um die Herausforderungen bspw. beim Wohnungsbau, bei der Digitalisierung, beim Aus-
45 bau der Infrastruktur und beim Klimaschutz bewältigen zu können.
46 Wir Freien Demokraten fordern, dass in der zukünftigen Haushaltspolitik der Stadt Mainz, bei ausgeglich
47 ener Kassenlage, folgende Ziele mit hoher Priorität umgesetzt werden:

- 48 1. Wir wollen durch die Tilgung der Kassenkredite die Altschulden soweit wie möglich abbauen; Kassen-
49 kredite und die Kredite städtischer Gesellschaften zurückfahren. Wir haben in der Vergangenheit – trotz
50 Corona - den Grundstein dafür gelegt, nach dem Abbau der Altschulden nicht erneut Haushaltlöcher stopf-
51 en zu müssen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
- 52 2. Wir schlagen vor, städtischen Gesellschaften, die von der Corona-Krise besonders betroffen waren, ent-
53 sprechendes Eigenkapital (EK) zuzuführen. Eine verstärkte Zuführung von EK ist auch bei den Gesellschaf-
54 ten notwendig, die stärker als bisher durch die neue Entwicklung gefordert sind (GVG, Wohnbau) oder
55 wichtige Zukunftsaufgaben erfüllen (z.B. Stadtwerke, mittelfristige Umstellung der Energieversorgung auf
56 erneuerbare Energien; Mainzer Mobilität, Angebotsausweitung bei gleichzeitiger Erweiterung und Dekar-
57 bonisierung des ÖPNV).
- 58 3. Die Finanzanlage der Stadt ist periodisch auf ihren Ertrag hin zu überprüfen. Eine Orientierung von An-
59 lagen am Kriterium der „Nachhaltigkeit“ – wie vom Stadtrat beschlossen – ist sinnvoll (insbesondere im Hin-
60 blick auf CO₂-Vermeidung). Der Begriff „Nachhaltigkeit“ darf jedoch nicht überdehnt werden. Die Erträge für
61 die Stadt und die Vermeidung von Risiken müssen bei der Auswahl der Anlagen nach wie vor im Mittel-
62 punkt der Anlagenpolitik stehen.
- 63 4. Wir begrüßen alle Schritte, zukünftige Haushalte weiter zu entlasten. Angedacht ist bspw. die Zuführung
64 von Mitteln in den Pensionsfonds oder der Ankauf von Immobilien, um die Mietkosten für die Stadt zu
65 senken.
- 66 5. Die neue finanzielle Situation ermöglicht es der Stadt, eine aktive Rolle in der Bevorratung von Grund
67 und Boden und der Übernahme von Immobilien zu übernehmen. Somit könnte sie wichtige Instrumente
68 zur Steuerung der Stadtentwicklung und Stadtplanung in die Hand nehmen. Dadurch könnten die an-
69 stehenden städtebaulichen Aufgaben (Entwicklung der neuen Forschungs- und Gewerbestandorte und ggf.
70 neuer Wohngebiete) besser gelöst werden. Zu diesen Zukunftsaufgaben gehört auch die Stärkung der
71 Innenstadt. Die neuen finanziellen Spielräume sollen verstärkt auch dazu genutzt werden, von den neuen
72 gesetzlichen Möglichkeiten des Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. So wollen wir bei der Realisierung
73 städtebaulicher Vorhaben Bodenspekulation verhindern um gute qualitative Lösungen im Städtebau und
74 der Stadtentwicklung anzubieten und gleichzeitig einen weiteren Beitrag zur Schaffung bezahlbaren Wohn-
75 raums leisten.
- 76 6. Hohe Priorität bei den Zukunftsinvestitionen hat die Verbesserung der Verkehrs-Infrastruktur. Dazu ge-
77 hört die Reparatur von Straßen und Wegen und der Ausbau des ÖPNV. Die begonnene Ausstattung der
78 Straßen mit digitalisierten Ampeln kann nun zügig fortgeführt und auf die ganze Stadt erweitert werden.
79 Ziel ist es, die Abläufe spürbar zu verbessern und durch bedarfsgerechte Lösungen im Verkehrsgeschehen
80 die Infrastruktur besser zu nutzen. Das bereits beschlossene digitale Parkleitsystem ist zügig umzusetzen.
- 81 7. Ebenso muss für die nächsten Jahre die Digitalisierung der Verwaltung energisch vorangetrieben werden
82 mit dem Ziel, den Service für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Bauherr:innen und Investor:innen deut-
83 lich zu verbessern. Auch in den internen Prozessen braucht die Verwaltung einen Digitalisierungsschub, um
84 ihre Aufgaben in Bereichen wie bspw. intelligente Infrastruktur, Mobilität, Umwelt besser erfüllen zu
85 können.
- 86 8. Die zusätzlichen Steuermittel wollen wir verstärkt in den Bildungsbereich und die soziale Infrastruktur
87 investieren.. Wir wollen die anstehenden Sanierungen und Neubauten von Schulen beschleunigen. Ebenso
88 sind ein verstärkter Bau von Kitas, Investitionen in die frühkindliche Bildung und die Gründung einer inter-
89 nationalen Schule erforderlich. Hierzu ist eine vorausschauende Personalplanung mit deutlich höherem
90 Stellenschlüssel pro Kita-Gruppe als derzeit eine Grundvoraussetzung. Zudem sehen wir neue Spielräume
91 für die Förderung von Kultur und der in Mainz engagierten Initiativen. Wir warnen jedoch vor einer plan

92 losen Stellenmehrung. Erhöhte Personalauswendungen sind dort notwendig, wo nach Prüfung und Opti-
93 mierung der Arbeitsabläufe in hoheitlichen Bereichen die Qualität der Dienstleistungen verbesserungs-
94 würdig ist (z.B. Abwicklung von Genehmigungsverfahren). Außerdem muss sich die Kommune dem zuneh-
95 menden Wettbewerb um Fachkräfte in der Region stellen.

96 9. Investitionen in den Klimaschutz und die Klimaresilienz werden in Zukunft von großer Bedeutung
97 sein. Sie sind Querschnittsaufgaben zukunftsorientierter Stadtentwicklung.

98 10. Wir treten dafür ein, bei allen Maßnahmen und Investitionen die Wirtschaftlichkeit im Auge zu
99 behalten, alle Maßnahmen zu evaluieren und Private nicht über Gebühr zu belasten. Bei Beteiligung
100 städtischer Gesellschaften ist auch deren Belastbarkeit immer in Betracht zu ziehen. Die bisherige Praxis, bei
101 der Lösung von Aufgaben Förderprogramme des Landes und des Bundes zu nutzen (z.B. soziale Stadt, För-
102 derprogramme zum Umwelt- und Klimaschutz) wollen wir fortsetzen und intensivieren.

103 11. Falls im Rahmen einer mittelfristigen Finanzplanung darstellbar, sollen auch finanzielle Entlastungen
104 für die Bewohner der Stadt erfolgen. Wir schlagen vor, in einem ersten Schritt eine Rücknahme derjenigen
105 Belastungen zu prüfen, die vor 9 Jahren unter ausdrücklichem Verweis auf den Kommunalen Entschuld-
106 ungsfonds¹ eingeführt wurden. Entlastungen müssten auch für die zahlreichen in Mainz wirkenden Vereine
107 möglich sein, z. B. durch Mietnachlässe bei städtischen Immobilien oder stärkere Förderung der Vereins-
108 arbeit.

109 Die Verwaltung wird in den nächsten Monaten Vorschläge machen, wie die Investitionsplanung ab dem
110 Haushaltsjahr 2023/24 optimiert werden kann. Stellungnahmen der Finanzverwaltung, der Fachämter und
111 der Eigenbetriebe sollen die Beratung hierüber in den Gremien vertiefen. Wir unterstützen die Zielrichtung,
112 eine hohe Transparenz zu schaffen, Planung und Umsetzung optimal abzustimmen sowie die Steuerungs-
113 möglichkeiten des Stadtrats zu stärken.

1 Dies würde z. B. bedeuten: Senkung der Hunde- und Vergnügungssteuer, Rücknahme der Einschränkungen bei den Bibliotheken, Jugendzentren und Ortsverwaltungen

☐ angenommen	☐ abgelehnt	
ja	nein	Enthaltungen

Antrag zum ord. Kreisparteitag am 18.05.2022

Antragsteller: Kreisvorstand

01 **Die Attraktivität der Mainzer Innenstadt mit einem individuellen Konzept steigern. Die City soll als**
02 **wirtschaftliches, kulturelles und kommunikatives Zentrum des Austauschs und des Miteinanders**
03 **wieder lebendiger und damit zukunftsfähig werden.**

04 **Antrag:**

05 Der Kreisverband Mainz fordert die Stadtverwaltung auf, ihre Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität
06 der Mainzer Innenstadt weiter zu verstärken. Es gilt, die City nach der Corona-Pandemie neu zu beleben und
07 zukunftsfähig aufzustellen. Insbesondere sieht der Kreisverband die Notwendigkeit, auf den schon lange
08 anhaltenden Strukturwandel im Einzelhandel zu reagieren, der durch das geänderte Konsumverhalten
09 während der Pandemie noch beschleunigt wurde.

10 Das Ziel ist die Entwicklung eines individuellen Konzepts, das die Stärken der Stadt und die Bedürfnisse
11 ihrer Bürger:innen berücksichtigt. Zeitgemäße Handelskonzepte und eine vielfältige Gastronomie gehören
12 genauso in die City wie Handwerk, Dienstleister und Wohnen. Mainz braucht attraktive Quartiere mit einem
13 vielfältigen Nutzungsmix, die Wohnen, Lernen und Arbeiten miteinander in Einklang bringen. Mainz
14 braucht barrierefreie Orte der Begegnung, an denen sich gesellschaftliches Leben entfalten kann.
15 Einkaufen, Genuss, Unterhaltung und Entspannung sollen zu einem Gesamterlebnis werden. Dazu braucht
16 Mainz eine leistungsfähige Infrastruktur und vernetzte Mobilitätslösungen. Die Stadt muss für Anwohner:
17 innen, Pendler:innen, Gäste und Lieferant:innen gleichermaßen gut erreichbar sein.
18 Wir begrüßen, dass die Stadtpolitik die hierzu notwendigen Schritte eingeleitet hat. Weitere Anstrengung-
19 en sind jedoch erforderlich, um die Lebensqualität der Mainzer:innen zu erhalten und die Stadt zukunfts-
20 sicher aufzustellen.

21 Wir bitten die die Verwaltung und die Akteure der Innenstadt
22 - auch im stationären Einzelhandel die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen,
23 - neue Grün- und Erholungszonen und Freiräume zu schaffen (z.B. Rheinufer, Bürgerpark am Schloss, Um-
24 gestaltung Rathausplatz mit Freitreppe zum Rhein)
25 - durch die Installation eines neuen Parkleitsystems, den Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrsnetzes
26 die Erreichbarkeit der Innenstadt zu verbessern,
27 o durch eine zeitgemäße Verkehrsplanung der Vielfalt des Verkehrsgeschehens gerecht zu werden und
28 dabei den ÖPNV, den Rad- Fußgänger- und PKW- Verkehr - angepasst an die jeweilige Situation - gleicher-
29 maßen zu berücksichtigen,
30 o bei der Entwicklung der Innenstadt den Ansprüchen der unterschiedlichen Generationen gerecht zu
31 werden,
32 o die Akteure der Innenstadt bei der Überwindung der Folgen der Corona Krise auch weiterhin aktiv zu
33 unterstützen (z. B. durch die Programme „Mainz hilft sofort“),
34 o auf den anstehenden Neubau des Karstadt-Komplexes zu drängen und den Investor, wo immer möglich
35 und erforderlich, aktiv zu unterstützen.
36 o Die durch Einführung des Landesgesetzes über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPG)
37 entstandenen Möglichkeiten bekannter zu machen und die Umsetzung in möglichst vielen Quartieren
38 zusammen mit den Immobilieneigentümern zu ermöglichen.

39 **Begründung:**

40 Die Digitalisierung, der zunehmende Onlinehandel, die demografische Entwicklung und der damit
41 verbundene Strukturwandel im Handel haben das Gesicht unserer Innenstädte verändert. Dort konzentrieren sich Einzelhandel, Gastronomie, Tourismus, Kultur und Veranstaltungswesen Branchen, die
42 darüber hinaus in besonderer Weise von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen sind. Wir Freie Demokraten nehmen dieses Problem sehr ernst. In der Landesregierung haben wir die Federführung für die
43 „Innenstädte der Zukunft“ übernommen, die als ein Schwerpunkt dieser Legislaturperiode im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurden.

47 Die Politik muss Konzepte entwickeln, damit leerstehende Geschäfte, Gaststätten und Warenhäuser neu genutzt werden. Bürger:innen wünschen sich lebendige und pulsierende Innenstädte – mit Flächen zum
48 Flanieren, mit viel Grün, Sitzmöglichkeiten und Erlebnischarakter. Handlungsbedarf besteht: Nach Berechnungen der Beratungsgesellschaft KPMG wird bereits 2030 jedes zweite Kleidungsstück online gekauft.
49 Junge Leute konsumieren woanders, der durchschnittliche City-Besucher ist 48 Jahre alt. Wenn es weniger Einzelhandelsplätze gibt, wird der Platz frei für andere Einrichtungen. Dieser könnte wertvollen Nutzen
50 haben. Warum sollen nicht eine Altentagesstätte, eine Kita, Bibliothek oder Musikschule in eine Fußgängerzone ziehen?

55 Auch in der Stadt Mainz bedarf es einer besonderen Anstrengung der Verwaltung sowie der innerstädtischen Akteur:innen, um die Innenstadt neu zu beleben und ihre Attraktivität zu steigern. Die Neugestaltung von Stadtbereichen, die in den letzten Jahren zunehmende Probleme verkehrlicher oder funktionaler Art aufwiesen, bleibt Aufgabe liberaler Stadtentwicklungspolitik. Wir setzen damit eine lange Tradition fort:
56 Die Sanierung der Mainzer Altstadt, die Schaffung der Fußgängerzone „Domplätze“, die Entwicklung der City-Meile sind nur einige herausragende Beispiele für den liberalen Beitrag zur Entwicklung der Innenstadt in der Vergangenheit.

62 Allerdings darf die Philosophie früherer städtebaulicher Umbauvorhaben nicht einfach 1:1 fortgeschrieben werden. Es kommt heute darauf an, die Vielfältigkeit der Nutzungen zu erhalten. Nicht nur in der Kernstadt, sondern auch für die Bewohnerinnen und Bewohner der Ortsteile ist die Innenstadt wichtiger Anlauf- und Identifikationspunkt.

66 Wir weisen darauf hin, dass die Weiterentwicklung der Innenstadt in erheblichem Maße von Investor:innen und Eigentümer:innen beeinflusst wird. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit ihnen von essentieller Bedeutung für die Zukunft der Stadt.

☐ angenommen	☐ abgelehnt	
ja	nein	Enthaltungen

Antrag zum ord. Kreisparteitag am 18.05.2022
Antragsteller: Volker Hans und Werner Rehn

Der Kreisparteitag möge beschließen:

01 Fördermittel für Klimaanpassung

02 Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Stadt Mainz, Fördermittel zur Anpassung an das Klimaziel der Bundes-
03 regierung zur Einhaltung des Zwei-Grad-Zieles verwendet und selbst bei der Installation von Photovoltaik
04 mit gutem Beispiel vorangeht.

05 1) Die Stadt Mainz soll mit gutem Beispiel vorangehen und auf allen öffentlichen Liegenschaften, wo dies
06 möglich ist, Photovoltaik installieren

07 2) Zur Aktivierung von privatem Kapital zur Installation von Photovoltaik fördert die Stadt Mainz im Rah-
08 men eines 4000 – Dächer-Programmes die Installation von Photovoltaik mit einem Zuschuss (eventuell in
09 Kooperation mit der Mainzer Stiftung Klimaschutz)

10 3) Zusätzlich fördert die Stadt Mainz mit einem Zuschuss Photovoltaik-Speicher, um den Anteil von Eigen-
11 strom an der Nutzung von Solarstrom deutlich zu erhöhen

12 4) Um die Attraktivität von Berufen, die für die Installation von Photovoltaik erforderlich sind, zu erhöhen
13 gibt die Stadt Mainz einen Ausbildungszuschuss

14 5) Um die Anzahl der Solarteure in Mainz auf das für die Vervierfachung der Installationsleistung
15 erforderliche Maß zu erhöhen, gewährt die Stadt Mainz einen Weiterbildungszuschuss für Handwerker, die
16 sich bei der IHK zum Solarteur weiterbilden lassen wollen.

17 **Begründung:** Die schnelle Erhöhung der Produktion von regenerativer Energie ist der zentrale Schlüssel
18 zum Erreichen der gesetzten Klimaanpassungsziele. Ohne die Einbindung des privaten Sektors wird das
19 nicht gelingen. Deshalb ist sowohl die Vorbildfunktion der Stadt als auch die direkte Unterstützung des
20 Hochfahrens der Solarinstallationen mit finanziellen Anreizen notwendig. Da wissenschaftliche Studien
21 belegen, dass zur Erreichen des Ausbauzieles deutschlandweit ca. 230.000 Solarteure fehlen, müssen wir die
22 Attraktivität der beruflichen Ausbildungen erhöhen und einen Anreiz schaffen sich zum Solarteur weiterzu-
23 bilden, damit die Energiewende nicht am fehlenden Fachpersonal für die Umsetzung scheitert.

☐ angenommen	☐ abgelehnt	
ja	nein	Enthaltungen

Antrag zum ord. Kreisparteitag am 18.05.2022
Antragsteller: Michael Ziegler

01 Verwaltung digitalisieren – Bürgerservice stärken

02 Der Kreisparteitag möge beschließen:

03 Spätestens die Corona-Krise hat gezeigt, wie dringlich die Digitalisierung unserer Verwaltungen ist – und
04 wie weit wir in Deutschland hierbei im internationalen Vergleich noch zurückhängen. Das Onlinezugangs-
05 gesetz (OZG), das Behörden auf allen Ebenen verpflichtet, bis Ende 2022 alle Dienstleistungen auch digital
06 anzubieten, mag dafür zwar ein guter erster Schritt sein, wird jedoch weder rechtzeitig umgesetzt werden,
07 noch sorgt es für den nötigen Bewusstseinswandel innerhalb der Verwaltungen. Hier muss es zu einem
08 Neudenken innerhalb der Verwaltungen kommen, dass Effizienz der Prozesse und Service für die Bürger-
09 inen und Bürger in den Mittelpunkt stellt.
10 Daher sind weitere Schritte über dieses Gesetz und über blumige Konzepte wie „Mainz digital“ hinaus nötig.

11 Wir Freie Demokraten schlagen daher die folgenden Maßnahmen vor:

- 12 • Eine komplett papierlose Verwaltung. Den Gebrauch von Faxgeräten und gedrucktem Papier wollen wir
13 zügig durch eine rechtssichere verschlüsselte Kommunikation und Online-Portale ersetzen. Hierfür muss
14 unsere Verwaltung auch zügig die entsprechende technische Ausstattung erhalten, um sowohl am Arbeits-
15 platz als auch mobil auf diese Portale und digitale Akten zugreifen zu können. Grundsätzlich soll unsere
16 städtische Verwaltung mit uns Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen komplett papierlos kommuni-
17 zieren, soweit diese nicht explizit postalische oder direkte persönliche Kommunikation wünschen.
- 18 • Verwaltungsgänge sollen vollständig digital erfolgen können und generell etwa keine handschriftliche
19 Unterschrift mehr voraussetzen – soweit dies Landes- und Bundesgesetze zulassen. Stattdessen sollten
20 digitale Zertifikate (etwa über den neuen Personalausweis oder eine mobile App mit biometrischer Identi-
21 fikation) deren Funktion – auch im allgemeinen Geschäftsleben – ersetzen.
- 22 • Ziel soll sein, dass es für keinen Verwaltungsvorgang mehr notwendig ist, persönlich, vor Ort in einer
23 Behörde vorzusprechen. Stattdessen kann für die Authentifizierung etwa bei der Beantragung von
24 Ausweisen auch auf ähnliche Dienste zurückgegriffen werden, wie diese schon längst bei der Eröffnung von
25 Bankkonten üblich sind. Die Abholung von amtlichen Dokumenten kann selbstverständlich auch durch
26 einen Postversand ersetzt werden.
- 27 • Gleichwohl soll es weiterhin ein Präsenzangebot im Stadthaus und in Ortsverwaltungen geben. Diese
28 Stellen werden jedoch durch die Digitalisierung der Prozesse stark entlastet und können sich so umso mehr
29 um die Personen mit besonderem Beratungs- und Unterstützungsbedarf kümmern. Gleichzeitig muss es
30 möglich werden, an jedem dieser Servicepunkte alle Behördenleistungen erhalten zu können. In einer digi-
31 talisierten Stadt kann es keinen Grund geben, für etwa die Neubeantragung eines Führerscheins nur eine
32 einzige Stelle im Stadtgebiet nutzen zu können.
- 33 • Messlatte für alle digitalen Verwaltungsleistungen müssen etablierte kommerzielle Dienstleister sein. So
34 muss unser Anspruch sein, dass die Nutzung von digitalen Verwaltungsleistungen genauso einfach wird,
35 wie der Einkauf in einem Online-Shop.
- 36 • Gleichzeitig ermöglicht es eine umfassende Digitalisierung auch, in vielen Bereichen der Verwaltung
37 Kräfte einzusparen, die dann für andere Aufgaben in der Verwaltung zur Verfügung stehen können. So soll
38 auch einem immer weitergehenden Aufwuchs des Personalkörpers der Verwaltung entgegengewirkt wer-
39 den.
- Da alle Kommunen die gleichen Aufgaben zu erfüllen haben, ergibt es wenig Sinn, dass jede Kommune

40 alle Herausforderungen der Digitalisierung allein, neu angeht. Von der Stadt Mainz als Landeshauptstadt
41 und größter Stadt in Rheinland-Pfalz erwarten wir hier voranzugehen und aktiv Kooperationen anzustreben
42 sowie Erfahrungen weiterzugeben, von denen andere Kommunen profitieren können.

☐ angenommen	☐ abgelehnt	
ja	nein	Enthaltungen

Antrag zum ord. Kreisparteitag am 18.05.2022
Antragsteller: Volker Hans, Jakob Sontheim

- 01 Der Kreisparteitag möge beschließen:
- 02 Die FDP fordert, dass die Stadt Mainz den Weiterbestand der Sozialstation Katzenberg-Treff sicherstellt.
- 03 1) Die Stadt Mainz soll die Finanzierungslücke in Höhe von 25.000€ bis September dieses Jahres schließen,
- 04 um die Aufgabe dieser wichtigen sozialen Einrichtung zu verhindern
- 05 2) Zusammen mit dem Katzenberg-Treff soll ein Finanzierungskonzept ausgearbeitet werden, um seinen
- 06 Fortbestand langfristig zu ermöglichen
- 07 **Begründung:** Die Sozialstation Katzenberg-Treff ist bereits seit vielen Jahren ein wichtiger Treffpunkt für die
- 08 Bewohnerinnen und Bewohner des Gebiets „Katzenberg“. Sie dient als Anlaufpunkt für Bildungsmöglich-
- 09 keiten, niedrigschwellige Beratungsangebote und etliche Freizeitmöglichkeiten. Eine Schließung dieser gut
- 10 besuchten Sozialstation würde einen großen Verlust für das Wohngebiet „Katzenberg“ sowie für den
- 11 gesamten Stadtteil Finthen bedeuten.